Gesetz über die Förderung der Landwirtschaft (Kantonales Landwirtschaftsgesetz, LwG)

Änderung vom ...

Der Kantonsrat Schaffhausen

beschliesst als Gesetz:

I.

Das Kantonale Landwirtschaftsgesetz vom 29. November 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 1 Zweck (Abs. 1 und 2)

¹ Das Gesetz bezweckt, günstige Rahmenbedingungen für den Bestand und die Entwicklung der Landwirtschaft sicherzustellen und eine nachhaltige Bewirtschaftung zu fördern.

² Insbesondere sind nach unternehmerischen Zielsetzungen geführte Betriebe mit umwelt-schonender und tiergerechter Produktion zu fördern.

...

Art. 5 Aufgaben der Einwohnergemeinden

Die Einwohnergemeinden unterstützen den Kanton bei der Förderung der Landwirtschaft durch amtliche Mitwirkung.

Art. 6 Anerkennung von landwirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen (Abs. 1)

¹ Landwirtschaftliche Organisationen, die vorwiegend der Selbsthilfe dienen, wie die Rebbaugenossenschaften, die Viehzuchtgenossenschaften usw., können als Institutionen des kantonalen öffentlichen Rechts anerkannt werden (Art. 33 ff. EG zum ZGB)

...

Art. 7 Vollzug und Aufsicht (Abs. 4 und 6)

...

⁴ Verfügungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden, soweit nicht abweichende Vorschriften bestehen, durch das Landwirtschaftsamt erlassen.

...

⁶ Das Landwirtschaftsamt ist die kantonale Fachstelle für Geobasisdaten von Meliorationsleitungen.

Art. 8 Grundsatz

Die Massnahmen dieses Abschnittes bezwecken, die wirtschaftliche und umweltgerechte Nutzung des der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Bodens zu fördern.

Art. 9 Gesunderhaltung des Bodens (Abs. 2, 1. Satz)

...

² Zu diesem Zwecke regelt der Regierungsrat Strukturverbesserungen, kann Vorschriften über den Einsatz von Produktionsmitteln erlassen und koordiniert den Vollzug des eidgenössischen und des kantonalen Rechts über Schadstoffe im Boden sowie der Chemikalien-Gesetzgebung.

...

Art. 10 Amtliche Mitwirkung (Abs. 1 und 3)

¹ Der Kanton kann Bodenverbesserungen, die Erstellung und Sanierung landwirtschaftlicher Hochbauten und Anlagen sowie weitere vom Bundesrecht vorgesehene Strukturverbesserungen durch Beratung unterstützen.

...

³ Der Regierungsrat kann Bodenverbesserungen insbesondere Gesamtmeliorationen von sich aus anordnen, wenn sie im öffentlichen Interesse liegen.

Art. 11 Organisation Bodenverbesserungen (Abs. 3, Abs. 4 Einleitungssatz)

...

³ Die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer im Einzugsgebiet eines öffentlich-rechtlichen Bodenverbesserungsunternehmens sind verpflichtet, nach Massgabe des Bundesrechts und des kantonalen Rechts daran mitzuwirken.

⁴ Die Durchführung einer Bodenverbesserung ist beschlossen, wenn:

a) ...

b) ...

Art. 12 Finanzierung; Grundsätze

¹ Die Kosten der Strukturverbesserungen tragen, soweit sie nicht durch Beiträge von Bund und Kanton gedeckt sind, die beteiligten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer im Verhältnis zum Nutzen, der ihnen aus dem Unternehmen erwächst.

...

Art. 13 Kantonsbeiträge an Bodenverbesserungen (Abs. 1 und 2)

¹ An die Kosten von Bodenverbesserungsmassnahmen, soweit vom Bund unterstützt, leistet der Kanton Beiträge bis zum Höchstansatz von 40%.

² Ausgenommen sind neue Entwässerungsprojekte und Projekte für neue Weganlagen.

...

Art. 14 Kantonsbeiträge an landwirtschaftliche Gebäude (Abs. 1)

¹ An die Kosten für die Erstellung und Sanierung von landwirtschaftlichen Hochbauten und Anlagen leistet der Kanton denjenigen Beitrag, welcher den maximalen Bundesbeitrag auslöst.

...

Art. 15 Kantonsbeiträge an besondere Fälle (Buchstabe a)

In besonderen Fällen zur Verwirklichung ökologischer Ziele oder zur Abwehr von Gefahren, kann der Kanton Beiträge gewähren:

a) an Weganlagen und Entwässerungsprojekte;

b) ...

Art. 16

Aufgehoben

Art. 17 Gesamtmelioration: a) Grundlage; Bezugsgebiet; öffentliche Auflage (Randtitel; Abs 1; Abs. 5 Einleitungssatz)

¹ Eine aus öffentlichen Mitteln unterstützte Gesamtmelioration (Güterzusammenlegung, Güterregulierung) setzt einen rechtskräftigen Zonenplan voraus.

...

⁵ Im Rahmen der Durchführung einer Gesamtmelioration sind während 30 Tagen öffentlich aufzulegen:

...

Art. 19 c) Landabzug für Bauten und Anlagen (Abs. 1)

¹ Für gemeinschaftlich zu nutzende Bauten und Anlagen der Gesamtmelioration haben die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer anteilmässig Land abzutreten.

...

Art. 20 Übrige Bodenverbesserungen

Für die übrigen Bodenverbesserungsprojekte gelten sinngemäss die Vorschriften über die Gesamtmelioration.

Art. 21 Pachtlandarrondierung (Abs. 2)

...

² Die Kosten der Pachtlandarrondierungen tragen, soweit sie nicht durch Beiträge von Bund und Kanton gedeckt sind, die beteiligten Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter im Verhältnis zum Nutzen, der ihnen aus dem Unternehmen erwächst.

Art. 22 Sicherung der Strukturverbesserungen (Abs. 1)

¹ Die Bewirtschaftungs- und Unterhaltungspflicht, das Verbot der Zweckentfremdung und der erneuten Zerstückelung sowie die Rückerstattung von Beiträgen richten sich nach dem Bundesrecht.

...

Art. 24 Güterkorporation (Abs. 3)

...

³ Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Gemeinden sinngemäss für die Güterkorporation.

Art. 25 Einsprache- und Beschwerdeverfahren (Abs. 2 und 5)

...

² Bei Gesamtmeliorationen können Verfügungen der zuständigen Organe innert 20 Tagen nach Mitteilung beim Landwirtschaftlichen Schiedsgericht mit Beschwerde angefochten werden.

...

⁵ Bei den übrigen Bodenverbesserungsprojekten können Einspracheentscheide mittels Rekurs beim Regierungsrat angefochten werden. Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz.

3. Abschnitt: Investitionskredite, Betriebshilfe (Kapitel II. Wirtschaftliche Grundlagen)

Aufgehoben

Art. 26 Kantonale Beiträge an die Betriebshilfe, Bauernkreditkasse (Abs. 1)

¹ Der Kanton vollzieht die Vorschriften des Bundes über die Finanzhilfen und die Betriebshilfe. An die Betriebshilfe leistet er Finanzbeiträge, sofern dies für die Ausrichtung der Bundesbeiträge erforderlich ist.

...

3. Abschnitt: Kantonale Darlehen und Beiträge (Kapitel II. Wirtschaftliche Grundlagen)
Neunummerierung (bisher 4.)

Art. 27 Darlehen: a) Grundsatz (Abs. 1)

¹ Zur Gewährung zinsloser oder zinsgünstiger Darlehen an Eigentümerinnen und Eigentümer oder Pächterinnen und Pächter landwirtschaftlicher Betriebe legt der Kantonsrat die zur Verfügung stehende Darlehenssumme fest.

...

Art. 28 b) Zweck (Buchstabe c)

...

c) anderweitige einzel- oder überbetriebliche Massnahmen im Bereich der Nachhaltigkeit.

Art. 29 Beiträge

Um weitere umweltschonende Anliegen in der Landwirtschaft zu fördern, kann der Kanton unabhängig von der Frage der Direktzahlungsberechtigung Beiträge ausrichten, namentlich an:

...

4. Abschnitt: Ursprungsbezeichnung, Produktequalität, Absatzförderung (Kapitel II. Wirtschaftliche Grundlagen)
Neunummerierung (bisher 5.)

Art. 30 Ursprungsbezeichnungen, geografische Angaben, Qualitätsmarken, Gütezeichen (Randtitel und Abs. 1)

¹ Der Kanton kann Bestrebungen zum Schutz der Bezeichnung von Schaffhauser Qualitätsprodukten, insbesondere Ursprungsbezeichnungen, geografische Angaben, Qualitätsmarken und Gütezeichen unterstützen.

...

Art. 31 Regionales Marketing (Absatz 2, Buchstabe a)

² Dies gilt insbesondere für Massnahmen in den Bereichen

a) Marketing für in der Region produzierte Produkte

b) ...

...

Art. 32a Übersetzter Erwerbspreis

Der Regierungsrat legt mittels Verordnung die Preisobergrenze beim Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken fest.

Art. 36 Zuständigkeiten (Abs. 2)

...

² Einspracheberechtigt gegen den vereinbarten Pachtzins ist der Gemeinderat derjenigen Gemeinde, in welcher der Pachtgegenstand liegt.

...

Art. 38 Beiträge

Der Kanton kann Beiträge an die Zucht von Bienen und anderen vom Bund nicht geförderten Nutztieren leisten.

1. Abschnitt: Allgemeines (Abschnitt im Kapitel V: Pflanzenbau- und Pflanzenschutz, Bereich A: Rebbau- und Weinwirtschaft)

Aufgehoben

Art. 39 Bewilligung und Meldung von Rebplantungen (Abs. 1 und 2)

¹ Das Landwirtschaftsamt erteilt Bewilligungen für Neuanplantungen von Reben gemäss den Vorgaben der Bundesgesetzgebung.

² Erneuerungen von Rebanlagen sind dem Landwirtschaftsamt zu melden.

Art. 40 Rebbaukataster (Randtitel, Abs. 1 und 2)

¹ Der Anbau der Reben für die gewerbliche Weinerzeugung beschränkt sich auf die Flächen des Rebbaukatasters.

² Das Landwirtschaftsamt führt den Rebbaukataster.

Art. 41

Aufgehoben

2. Abschnitt: Pflichten der Bewirtschaftenden (Kapitel V: Pflanzenbau- und Pflanzenschutz, Bereich A: Rebbau- und Weinwirtschaft)

Aufgehoben

Art. 42 Obligatorischer Pflanzenschutz; Widerhandlung

¹ Wer Rebgrundstücke bewirtschaftet, ist verpflichtet, die Reben vor dem Befall von Krankheiten und Schädlingen so zu schützen, dass die benachbarten Rebgrundstücke weder gefährdet noch in Mitleidenschaft gezogen werden.

² Das Landwirtschaftsamt kann Massnahmen zur Bekämpfung von Schadorganismen obligatorisch erklären.

³ Bei Widerhandlungen gegen obligatorisch erklärte Massnahmen zur Bekämpfung von Schadorganismen entscheidet das Landwirtschaftsamt über die Ersatzvornahme.

⁴ Ist die Eigentümer- und Pächterschaft von Rebgrundstücken, welche 2/3 der Fläche eines zusammenhängenden Rebbaugebietes bilden, in einer Körperschaft organisiert, so kann das Landwirtschaftsamt auf Antrag die Kompetenz zur Anordnung von Massnahmen gemäss Abs. 2 an die Körperschaft delegieren.

⁵ Im Fall einer Aufgabendelegation gemäss Abs. 4 sind die Körperschaften verpflichtet, die Nichteinhaltung von obligatorisch erklärten Massnahmen dem Landwirtschaftsamt zu melden. Sie werden für die Kontrolltätigkeit entschädigt. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

3. Abschnitt: Organisation (Kapitel V: Pflanzenbau- und Pflanzenschutz, Bereich A: Rebbau- und Weinwirtschaft)

Aufgehoben

Art. 43

Aufgehoben

Art. 44 Weinlesekontrolle

¹ Das Landwirtschaftsamt übt die Aufsicht über die Weinlese aus.

² Die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter sowie die Kellereibetriebe sind verpflichtet, die hierfür notwendigen aktuellen Daten rechtzeitig zu liefern.

Art. 45

Aufgehoben

Art. 46

Aufgehoben

Art. 47 Kennzeichnung

Der Regierungsrat regelt die einheitlichen Produktionsgebiete und die Voraussetzungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung mittels Verordnung.

4. Abschnitt: Rebbaufonds, Versuchsanlagen (Kapitel V: Pflanzenbau- und Pflanzenschutz, Bereich A: Rebbau- und Weinwirtschaft)

Aufgehoben

Art. 48

Aufgehoben

Art. 49

Aufgehoben

Art. 50

Aufgehoben

Art. 51 Schutz der Kulturpflanzen

Der Kanton stellt den Schutz der Kulturpflanzen gegen besonders gefährliche Schadorganismen im Sinne der Vorschriften des Bundes sicher und achtet dabei auf die bestmögliche Schonung der Umwelt

Art. 52 Besonders gefährliche Schadorganismen (Randtitel und Abs. 1)

¹ Der Regierungsrat kann Schadorganismen von lokaler Bedeutung als besonders gefährlich und ihre Bekämpfung obligatorisch erklären, soweit dafür nicht Vorschriften des Bundes gelten.

...

II.

¹ Dieses Gesetz untersteht dem Referendum.

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

³ Das Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, ...

Im Namen des Kantonsrates
Der Präsident:

Der Sekretär: